



## Protokoll der 21. Sitzung des Einwohnerrates

vom 27. September 2006, 17.00 Uhr, im Landratssaal

**Anwesend:** 39 Mitglieder

**Entschuldigt:** Ernst Gebhard

Traktanden	Laufnummer
1. Bericht des Stadtrates zum Postulat von Orla Oeri-Devereux namens der SP-Fraktion betreffend Migranten- und Migrantinnenparlament <i>://: Antrag der SP-Fraktion, eine Integrationsgruppe zu bilden, angenommen. ://: Postulat abgeschrieben.</i>	2004/7 2004/7a 2004/7b
2. Bericht des Stadtrates betreffend Inertstoffdeponie „Höli“ – Mutation der Zonenvorschriften Landschaft <i>://: An die BPK überwiesen.</i>	2006/105
3. Bericht des Stadtrates betreffend Ausbau Sichernstrasse, Abschnitt Bodenackerstrasse bis Talacherstrasse; Projekt- und Kreditgenehmigung <i>://: An die BPK überwiesen.</i>	2006/107
4. Bericht des Stadtrates betreffend Erschliessung Burgundergebiet, Talacher- und Burgunderstrasse, Projekt- und Kreditgenehmigung; Beschlussfassung Bau- und Strassenlinienplan <i>://: An die BPK überwiesen.</i>	2006/106
5. Petition an den Einwohnerrat für eine optimale emissionsarme Erschliessung der Quartiere Pfauenhof, Sonnhalde, Heidenloch, Cheddite und Grammet <i>://: Zur Kenntnis genommen.</i>	
6. Berichte des Stadtrates und der Bau- und Planungskommission betreffend Heidenlochstrasse, Ausbau von Grammetstrasse bis Cheddite – Projekt- und Kreditgenehmigung; Beschlussfassung über Bau- und Strassenlinienplan <i>://: Vertagt.</i>	2006/93 2006/93a
7. Antwort des Stadtrates auf die Interpellation von Orla Oeri-Devereux und Hanspeter Stoll namens der SP-Fraktion betreffend Veränderungen im Liestaler Finanzhaushalt <i>://: Erledigt.</i>	2006/92 2006/92a
8. Bericht des Stadtrates betreffend Baurechtsvertrag „Bündtenstrasse 2“ mit Gemeinnützigem Verein für Alterswohnungen Liestal – Festlegung Baurechtszins für die Parzelle Nr. 4262 <i>://: Anträge des Stadtrates genehmigt.</i>	2006/108

9. Postulat von Stefan Saladin namens der SVP/CVP/EVP-Fraktion betreffend offenen Haupteingang zum Rathaus  
*://: Nicht an Stadtrat überwiesen.* 2006/96
10. Antwort des Stadtrates auf die Interpellation von Astrid Basler namens der Grünen Fraktion betreffend alte Deponie Rankweg  
*://: Vertagt.* 2006/97
11. Bericht des Stadtrates betreffend Bestattungs- und Friedhofreglement, Teilrevision  
*://: An Stadtrat zurückgewiesen.* 2006/109
12. Interpellation von Vreni Wunderlin namens der FDP-Fraktion betreffend Überschwemmungen im Gitterliquartier / Lausnerstrasse  
*://: Erledigt.* 2006/101
13. Postulat von Hans-Rudolf Schafroth namens der SVP/CVP/EVP-Fraktion betreffend „Sauberes Liestal“  
*://: An Stadtrat überwiesen.* 2006/102

Ratspräsidentin Marie-Theres Beeler (GL) begrüsst die Anwesenden zur ordentlichen September-Einwohnerratssitzung.

### **Protokoll der Einwohnerratssitzung vom 27. September 2006**

://: Das Protokoll wird mit folgender Änderung genehmigt:

Auf Seite 452 heisst es unter „Anwesend“ neu *36 Mitglieder* (anstelle von *37 Mitglieder*). Unter „Entschuldigt“ wird zusätzlich *Sabine Sutter* aufgeführt.

---

### **Mitteilungen der Ratspräsidentin**

- Am vergangenen Montag wurde dem Einwohnerrat die Petition „Heidenloch“ übergeben.
- Das Fussballteam des Einwohnerrats und der Verwaltung hat gegen dasjenige des Landrats 3:2 gewonnen. Das ist bereits der dritte Sieg. Das Büro gratuliert herzlich.
- Am „Car Free Day“ fuhren die teilnehmenden Einwohnerrats-Mitglieder insgesamt 4177 Kilometer.
- Die Einwohnerrats-Delegation überbringt Grüsse der Behörden von Onex. Die Büro-Mitglieder Margrit Sigrist, Regina Vogt und Marie-Theres Beeler sowie Stadtverwalter Roland Plattner nahmen am vergangenen Sonntag am Stadtfest von Onex teil.

---

### **Mitteilungen des Ratsbüros**

- Das Büro hat den Voranschlag 2007 und den Finanzplan 2007-2011 an die Finanzkommission und die Bau- und Planungskommission überwiesen.
- Auf die Resolution zur Manor-Überbauung kamen zwei Reaktionen, eine von Caspar Baader per Inserat in der Presse sowie ein Brief der Firma Implenia an den Einwohnerrat.
- Das Ziel von Einwohnerratspräsidentin Marie-Theres Beeler ist, heute mindestens bis und mit Traktandum 7 (Interpellation von Orla Oeri-Devereux und Hanspeter Stoll namens der SP-Fraktion betreffend Veränderungen im Liestaler Finanzhaushalt) zu kommen.

---

Als **Stimmzähler** für die heutige Sitzung werden bestimmt:

- |                     |                              |
|---------------------|------------------------------|
| - Walter Leimgruber | Seite FDP                    |
| - Regina Vogt       | Seite SP, Grüne, Fraumättler |
| - Vreni Wunderlin   | Mitte, Büro                  |
- 

### **Neue persönliche Vorstösse**

- Interpellation von Stefan Saladin namens der SVP/CVP/EVP-Fraktion betreffend Winterdienst in Liestal (Nr. 2006/110);
- Interpellation von Stefan Saladin namens der SVP/CVP/EVP-Fraktion betreffend Natur-eisplatz zum Schlittschuhlaufen (Nr. 2006/111);
- Interpellation von Regina Vogt, FDP Liestal, betreffend Teillohnprogramm (Nr. 2006/112);
- Kleine Anfrage von Regina Vogt, FDP Liestal, betreffend Schaffung von neuen Arbeitsplätzen (Nr. 2006/113);

- Interpellation von Claudia Roche namens der SP-Fraktion betreffend Integrationsmassnahmen Sozialhilfe (Nr. 2006/114);
- Motion des Büros des Einwohnerrates betreffend Anpassung des Geschäftsreglementes des Einwohnerrates (Nr. 2006/115);
- Postulat von Danielle Schwab namens der SP-Fraktion betreffend Aufwertung Zeughausplatz (Nr. 2006/116);
- Interpellation von Corinne Ruesch, Grüne Liestal, betreffend Cercle Indicateurs (Nr. 2006/117).

---

### Mitteilungen des Stadtrates

- Stadtrat Peter Rohrbach teilt zum Finanzplan 2007-2011 mit, erste Priorität habe für den Stadtrat die optimale Balance zwischen den Grössen Steuerfüsse, Dienstleistungen, Infrastruktur und Schuldenabbau. In Einzelbereichen müsse man Prioritäten setzen. Von Seiten des Einwohnerrats gehe es darum, ob er einverstanden sei oder ob er Verschiebungen wünsche. Man befinde sich in einem Zwischenjahr. Vieles ändere sich bald. Das Steuergesetz wirke sich ab 2007 aus. Der Altersbereich werde mehr zur Sprache kommen, ebenso die Aufgabenteilung zwischen Gemeinden und Kanton. Der nächste Finanzplan werde zahlreiche qualitative und quantitative Verschiebungen aufweisen. Eine grundlegende Sanierung der Finanzen in den nächsten Jahren sei möglich. Der Stadtrat wolle mit dem Einwohnerrat Strategien diskutieren.
- Stadtrat Ruedi Riesen informiert, der Regierungsrat habe den Quartierplan Bahnhof 1 genehmigt. Man könne nun anfangen zu bauen. Bezüglich des Quartierplans Bahnhof 2 sowie des Quartierplans Bücheli liefen noch Verhandlungen. Mit den Abstimmungen vom Sonntag über die Futuro-Überbauung und den H2-Ausbau seien gute Zeichen gesetzt worden. Die Stadt werde nun mit dem Kanton einen Terminplan für Gemeinde- und Kantonsstrassen machen können.
- Stadträtin Marion Schafroth äussert zum Thema Muslimen-Bestattungen, dass jede Gemeinde selbst regeln müsse, ob dies möglich sei oder nicht. Die Muslimen-Bestattung sei für Liestal nicht kompliziert und lasse sich mit dem entsprechenden Reglement vereinbaren. In einem bestimmten Bereich müsse man gemäss den muslimischen Vorschriften Erde austauschen und so genannte reine Erde verwenden. Dies komme auf CHF 25'000.- zu stehen. Der Betrag werde ins Budget 2007 eingestellt.
- Stadtpräsidentin Regula Gysin hält fest, in gut einer Woche finde die Gewerbeschau Liestal statt. Die Stadt Liestal habe einen eigenen Stand. An jedem Tag seien ein Stadtrat und Mitarbeitende der Verwaltung anwesend. Die Partnerstadt Waldkirch stelle am Sonntag ebenfalls aus.
- Stadtpräsidentin Regula Gysin sagt, am 24. Oktober 2006 um 20 Uhr finde in der Stadtkirche eine Benefiz-Veranstaltung mit den Steppin Stompers statt. Die Steppin Stompers würden ihr 40-jähriges Jubiläum feiern und von der Stadt Liestal geehrt. Die Veranstaltung finde zugunsten der Weihnachtsbeleuchtung statt, die finanziell im Argen liege.
- Stadtpräsidentin Regula Gysin weist darauf hin, dass der Stadtrat zum Audit betreffend Sozialhilfe-Kosten bereits eine Offerte erhalten habe. Eine zweite Offerte sei in Vorbereitung. Der Stadtrat erhalte eine Vorlage zur Entscheidung.

---

### Traktandenliste

Ratspräsidentin Marie-Theres Beeler (GL) teilt mit, die BPK stelle den Antrag, die Petition „Heidenloch“ separat als Traktandum 5 zu behandeln. Dann folge die Vorlage zum Ausbau Heidenlochstrasse. Alle weiteren Traktanden würden sich in der Folge verschieben.

://: Die geänderte Traktandenliste wird einstimmig genehmigt.

**160 G.2.2.3. Behörden: Einwohnerrat**

**1. Bericht des Stadtrates zum Postulat von Orla Oeri-Devereux namens der SP-Fraktion betreffend Migranten- und Migrantinnenparlament (Nr. 2004/7, 2004/7a, 2004/7b)**

Der Stadtrat teilt in seinem Bericht zusammengefasst Folgendes mit:

Mit dem Postulat wurde der Stadtrat beauftragt, einen Vorschlag zu unterbreiten, um unsere Migrantinnen und Migranten noch stärker zu integrieren: Sie sollen eine Plattform erhalten, auf der sie sich auch politisch äussern und durch die sie partizipieren können. Der Stadtrat hat in Zusammenarbeit mit der stadträtlichen Integrationskommission und einer Arbeitsgruppe aus Migrantinnen und Migranten eine solche Möglichkeit geprüft.

Gemäss den inhaltlichen Diskussionen und Ergebnissen der Migrant/innen-Arbeitsgruppe, dargelegt in einem Leitbild, sollen deren Vorstellungen weiterentwickelt werden. Nach Auffassung des Stadtrates besteht die Hauptfrage im jetzigen Zeitpunkt in der institutionellen Zuweisung des Forums.

Der Stadtrat schlägt dem Einwohnerrat vor, eine interfraktionelle Arbeitsgruppe/Kommission auf Stufe Stadtparlament zu bilden. Diese interfraktionelle Kommission kann das Bindeglied zwischen dem Einwohnerrat und dem Migrantenforum bilden, um die Anliegen unserer ausländischen Wohnbevölkerung in die politische Diskussion zu bringen. Aus dieser Zusammenarbeit können auch politische Vorstösse resultieren, die über die interfraktionelle Arbeitsgruppe/Kommission in den Einwohnerrat gelangen.

Die weitere Ausarbeitung und Ausgestaltung der Zusammenarbeit zwischen interfraktioneller Arbeitsgruppe/Kommission und dem Migrantenforum ist eine Angelegenheit des Einwohnerrates. Das Postulat, welches einen Auftrag an den Stadtrat formuliert, soll deshalb abgeschrieben werden. Selbstverständlich wird der Stadtrat weiterhin Ressourcen zur Verfügung stellen, um die Einrichtung dieser Plattform zu unterstützen.

Der Antrag des Stadtrates lautet:

Das Postulat wird als erfüllt abgeschrieben.

---

Stadtrat Ruedi Riesen führt aus, es habe zwei Jahre vom Einreichen des Vorstosses bis zum endgültigen Bericht des Stadtrates gebraucht. Es handle sich um keine einfache Sache. Zunächst habe er mit der stadträtlichen Integrationskommission und einigen Ausländerinnen und Ausländern das Postulat besprochen. Dabei sei klar geworden, dass man die Betroffenen in einen längerfristigen Prozess einbeziehen müsse. Es sei eine Arbeitsgruppe mit interessierten Ausländerinnen und Ausländern gebildet worden. Im Herbst 2005 habe ein Workshop mit diesen Leuten stattgefunden. Es seien viele Ideen geäussert worden. Ihm sei wichtig gewesen, dass dem Forum nicht einfach ein Programm vorgelegt werde, sondern dass es sich selbst artikuliere. Die Teilnehmerzahl sei schwankend gewesen. Über die Sommerpause sei Bewegung in die Sache gekommen. Die Idee des stadträtlichen Berichts sei, eine Verknüpfung zwischen dem Ausländerforum und einer Kommission des Einwohnerrates zu finden. Es wäre die Aufgabe des Büros, diese einwohnerrätliche Kommission zu organisieren.

Orla Oeri-Devereux (SP) führt aus, sie habe ursprünglich in ihrem Vorstoss von einem Migranten- und Migrantinnenparlament gesprochen. Das habe teilweise zu Irritation geführt. Sie habe damit an die Bedeutung eines Parlaments erinnern wollen, wo es um den Austausch von verschiedenen Meinungen gehe. 25 Prozent der Bevölkerung Liestals seien Migrantinnen und Migranten. Das Postulat sei mit grossem Mehr an den Stadtrat überwiesen

worden. Im Juni 2005 habe der Stadtrat einen Zwischenbericht vorgelegt. Der Rat habe ihn zur Kenntnis genommen. Nun liege der definitive Bericht vor. Der Stadtrat schlage eine interfraktionelle Kommission als Bindeglied vor. Diese solle beratende und begleitende Funktion haben und eventuell Anliegen in den politischen Prozess einbringen. Ihre Fraktion sei mit dem Bericht sehr zufrieden und unterstütze den Vorschlag. Damit die Umsetzung möglichst rasch geschehe, stelle die SP-Fraktion folgenden Antrag: *Das Büro des Einwohnerrats wird beauftragt, möglichst bald die Bildung einer interfraktionellen parlamentarischen Integrationsgruppe als Bindeglied zum Migrant/innen-Forum in die Wege zu leiten und deren erste konstituierende Sitzung einzuberufen.*

Sie danke dem Stadtrat für seine Bemühungen, der Integrationskommission und den Migrantinnen und Migranten für ihr Engagement sowie dem Einwohnerrat für seine Offenheit. Sie bitte, diesen zusätzlichen wichtigen Schritt für Liestal zu wagen und dem Antrag zuzustimmen.

Regina Vogt (FDP) sagt, die FDP-Fraktion habe sich lange mit dem Thema auseinandergesetzt. Grundsätzlich sei sie für die Bildung einer solchen Gruppe. Sie schlage vor, aus jeder Fraktion jeweils zwei Vertreter in die Gruppe zu delegieren. Ausserdem würde sie die Bildung der Kommission gerne mit der Bedingung verknüpfen, dass auch die Bürgergemeinde darin vertreten wäre.

Elisabeth Spiess (GL) gibt bekannt, die Grüne Fraktion nehme den Vorschlag des Stadtrates gerne entgegen und unterstütze auch den Antrag der SP-Fraktion. Den Grünen sei es wichtig, dass jetzt Verbindlichkeiten hergestellt würden. Nur mit einer verlässlichen Initiative könne das Postulat als erfüllt abgeschrieben werden. Sie halte es auch für eine gute Idee, die Bürgergemeinde einzubinden.

Beat Gränicher (SVP/CVP/EVP) teilt mit, seine Fraktion sei mehrheitlich einverstanden mit dem Vorschlag des Stadtrates und damit, dass das Postulat als erfüllt abgeschrieben werde.

Elisabeth Augstburger (SVP/CVP/EVP) meint, als Kantonshauptstadt solle Liestal Zeichen in Bezug auf die Integration setzen. Mit einem Migrantinnenforum leiste die Stadt einen beachtenswerten Beitrag. Ein solches Forum könne auch andere Gemeinden zu ähnlichen Aktivitäten motivieren. Die interfraktionelle Kommission begrüsse sie sehr.

Orla Oeri-Devereux (SP) erwidert, den Vorschlag der FDP-Fraktion, die Bürgergemeinde in die Gruppe zu integrieren, halte sie ebenfalls für gut. Wenn das Büro den Auftrag erhalte, die Bildung der Kommission in die Wege zu leiten, sei dies zu berücksichtigen.

Hanspeter Mohler (FDP) erinnert daran, dass die Bürgergemeinde Liestal die ersten im Kanton gewesen seien, die einen Integrationskurs angeboten hätten und dies immer noch täten. Vielleicht könne die interfraktionelle Arbeitsgruppe davon profitieren.

://: Der Antrag der SP-Fraktion, möglichst bald eine interfraktionelle parlamentarische Integrationsgruppe als Bindeglied zum Migrantinnen-Forum in die Wege zu leiten, wird mit 33 Ja gegen 3 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen genehmigt.

://: Das Postulat wird einstimmig abgeschrieben.

**161 U.1.3.3. Kehrichtabfuhr, Schuttablagerung: Ablagerungen, Gruben, Deponien, Kompostierung Buchhalde/Oristal**

**2. Bericht des Stadtrates betreffend Inertstoffdeponie „Höli“ – Mutation der Zonenvorschriften Landschaft (Nr. 2006/105)**

Der Stadtrat teilt in seinem Bericht zusammengefasst Folgendes mit:

Die Bürgergemeinde Liestal beabsichtigt, nordöstlich des Stadtgebiets von Liestal und südlich der bestehenden Deponie Elbisgraben im Gebiet Höli eine Inertstoffdeponie (ISD) zu errichten und zu betreiben. Die Absicht zur Errichtung und zum Betrieb einer Inertstoffdeponie stützt sich einerseits auf den ausgewiesenen regionalen Bedarf, denn im „Konzept für die Aushub- und Bauschuttentsorgung im Kanton Basel-Landschaft“ vom Juni 1998 wurde für die Teilregion 3, umfassend im Wesentlichen den Bezirk Liestal, ein Mangel an Entsorgungsmöglichkeiten für Inertstoffe festgestellt. Andererseits ist der Standort Höli im kantonalen Richt- bzw. Koordinationsplan festgesetzt.

Eine Inertstoffdeponie von dieser Grössenordnung ist gemäss Nr. 40.4 der Verordnung über die Umweltverträglichkeitsprüfung UVP-pflichtig, d. h., der Gesuchsteller ist verpflichtet, in einem umfangreichen Umweltverträglichkeitsbericht (UVB) darzulegen, dass durch das geplante Vorhaben die Umwelt nicht erheblich belastet wird. Dieser UVB wurde den zuständigen Behörden zur Prüfung, der eigentlichen Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP), eingereicht. Die verschiedenen Umweltfachstellen des Kantons haben den UVB beurteilt und geprüft. Die Rechtskonformität mit den bestehenden Gesetzen konnte nachgewiesen werden.

Da der Standort Höli vollständig im Waldgebiet liegt, ist zusätzlich zur Mutation der Zonenvorschriften Landschaft (Schaffung einer Spezialzone für die Deponie Höli) eine Rodungsbewilligung erforderlich. Die Mutation der Zonenvorschriften Landschaft stellt das Leitverfahren im ganzen Bewilligungsablauf dar. Der Zonenplan soll mit einer Spezialzone für die Deponie Höli ergänzt werden. Die entsprechenden Reglementsbestimmungen haben den Rahmen abzustecken, in welchem eine Inertstoffdeponie möglich sein soll.

Nach positivem Abschluss der Mitwirkungsverfahren bei der Bevölkerung und der Umweltverträglichkeitsprüfung liegen nun die Plangrundlagen für die Mutation der Zonenvorschriften Landschaft vor.

Die Anträge des Stadtrates lauten:

1. Die folgenden Mutationen zu den Zonenvorschriften Landschaft werden beschlossen:
  - a) Zonenplan: Eintragung der Spezialzone für Deponie Höli
  - b) Zonenreglement: § 18<sup>bis</sup> Spezialzone für Deponie Höli (neu)
  - c) Anhang K zum Zonenreglement Landschaft: Streichung des Objektes K1
2. Vom Umweltverträglichkeitsbericht (Dossier UVB) wird Kenntnis genommen.
3. Die Umweltverträglichkeitsprüfung des Rechtsdienstes der Bau- und Umweltschutzdirektion vom 19. Juni 2006 (UVP als Beilage) wird für verbindlich erklärt.

---

Ratspräsidentin Marie-Theres Beeler (GL) teilt mit, das Büro beantrage Eintreten auf die Vorlage sowie die Überweisung des Geschäfts an die Bau- und Planungskommission.

://: Das Geschäft wird einstimmig an die Bau- und Planungskommission überwiesen.

**162 B.1.3.2. Ortsplanung: Ueberbauungs-, Erschliessungs- und Quartierpläne**

**3. Bericht des Stadtrates betreffend Ausbau Sichertnerstrasse, Abschnitt Bodenackerstrasse bis Talacherstrasse; Projekt- und Kreditgenehmigung (Nr. 2006/107)**

Der Stadtrat teilt in seinem Bericht zusammengefasst Folgendes mit:

Das Erschliessungskonzept für das Burgundergebiet wurde im Jahre 2004 überarbeitet. Voraussetzung für die neue Erschliessung ist ein Ausbau der Sichertnerstrasse ab Bodenackerstrasse bis zur geplanten Talacherstrasse. Das Bauprojekt entstand in Koordination mit den Entwürfen des Bau- und Strassenlinienplanes. Der Ausbau ist auf eine Tempo 30-Zone ausgerichtet. Die Fahrbahnbreite beträgt generell 5.00 m. Für die Fussgänger, insbesondere für die Schulkinder aus dem Quartier, wird entlang des südlichen Strassenrandes ein Trottoir gebaut. Die Trottoirbreite variiert zwischen 1.40 und 1.75 m. Durch die variablen Trottoirbreiten wird Rücksicht auf die bestehenden Besitzverhältnisse der angrenzenden Liegenschaften bzw. auf die bereits vorhandenen Gartenmauern und Einfriedungen genommen. Das Bauvorhaben mit allen Konsequenzen wie Anwänderbeitrag etc. wurde anlässlich der Orientierungsversammlung vom 16. Mai 2006 allen Liegenschaftsbesitzer/innen vorgestellt.

Zeitgleich mit dem Strassenausbau sind auch neue Werkleitungen geplant. Diese Projekte sind jedoch nicht Bestandteil dieser Vorlage. Wasser- und Kanalisationsleitungen werden über die Gebundenen Ausgaben bewilligt und die Wasser- und Abwasserkasse finanziert. Die Baukosten betragen CHF 230'000.-. Aufgrund des Strassenreglements werden die Baukosten zulasten der Stadt mit CHF 150'000.-- und zulasten der Grundeigentümer mit CHF 80'000.-- aufgeteilt.

Die Anträge des Stadtrates lauten:

1. Der Einwohnerrat genehmigt das Projekt Ausbau Sichertnerstrasse (Bodenacker- bis Talacherstrasse) und bewilligt dafür einen Bruttokredit von CHF 230'000.-.
2. Der Einwohnerrat nimmt davon Kenntnis, dass vom Bruttokredit ein Anteil von CHF 80'000.- über Anwänderbeiträge durch die Grundeigentümer finanziert wird.

---

Ratspräsidentin Marie-Theres Beeler (GL) teilt mit, das Büro beantrage Eintreten auf die Vorlage sowie die Überweisung des Geschäfts an die Bau- und Planungskommission.

://: Das Geschäft wird einstimmig an die Bau- und Planungskommission überwiesen.

**163 B.1.3.2. Ortsplanung: Ueberbauungs-, Erschliessungs- und Quartierpläne**

**4. Bericht des Stadtrates betreffend Erschliessung Burgundergebiet, Talacher- und Burgunderstrasse, Projekt- und Kreditgenehmigung; Beschlussfassung Bau- und Strassenlinienplan (Nr. 2006/106)**

Der Stadtrat teilt in seinem Bericht zusammengefasst Folgendes mit:

Auf Grund der vom Regierungsrat genehmigten Mutation zum Zonenplan und Strassenplan wurden der Bau- und Strassenlinienplan sowie die Bauprojekte für den Strassenbau, die Kanalisation und die Wasserleitung erarbeitet. Den entsprechenden Projektierungskredit genehmigte der Einwohnerrat am 23. Juni 2004.

Die Projekte beinhalten die neue Sammelstrasse *Talacherstrasse*, die Verlängerung der bestehenden Erschliessungsstrasse *Burgunderstrasse* sowie alle Fusswege. Die Strassenprojekte sind auf die geplante Tempo 30-Zone ausgerichtet. Der für den Strassenbau benötigte Landerwerb erfolgt über eine privatrechtliche Baulandumlegung. Mit dem Strassenprojekt werden auch neue Werkleitungen geplant. Die für die Wasserversorgung und die Abwasserbeseitigung benötigten Projekte und Kredite sind Bestandteil der Vorlage. In einem separaten Verfahren werden bestehende Bau- und Strassenlinienpläne aufgehoben und durch einen neuen Plan ersetzt, der den projektierten Verhältnissen entspricht.

Die Baukosten für den Strassenbau betragen CHF 1'500'000.-. Von den Baukosten gehen gemäss Strassenreglement CHF 1'020'000.- zulasten der beitragspflichtigen Grundeigentümer und CHF 480'000.- zulasten der Stadt. Die Baukosten für die Wasserleitungen zu Lasten der Spezialfinanzierung Wasserversorgung betragen CHF 500'000.- und für die Kanalisationsleitungen zu Lasten der Spezialfinanzierung Abwasserbeseitigung CHF 2'100'000.-.

Die Anträge des Stadtrates lauten:

1. Der Einwohnerrat genehmigt die Projekte Strassenbau / Wasserleitung / Kanalisation Talacherstrasse und Burgunderstrasse mit einem Bruttokredit von CHF 4'100'000.-, bestehend aus den Kosten für den Strassenbau von CHF 1'500'000.-, für die Wasserleitung von CHF 500'000.- und die Kanalisationsleitungen von CHF 2'100'000.-.
2. Der Einwohnerrat nimmt davon Kenntnis, dass vom Bruttokredit ein Anteil von CHF 1'020'000.- über Anwänderbeiträge durch die Grundeigentümer finanziert wird.
3. Der Einwohnerrat beschliesst den Bau- und Strassenlinienplan Burgund (Talacherstrasse, Burgunderstrasse und Sichertnerstrasse).

---

Ratspräsidentin Marie-Theres Beeler (GL) teilt mit, das Büro beantrage Eintreten auf die Vorlage sowie die Überweisung des Geschäfts an die Bau- und Planungskommission.

://: Das Geschäft wird einstimmig an die Bau- und Planungskommission überwiesen.

**164 G.2.2.3. Behörden: Einwohnerrat**

**5. Petition an den Einwohnerrat für eine optimale emissionsarme Erschliessung der Quartiere Pfauenhof, Sonnhalde, Heidenloch, Cheddite und Grammet**

Die Petition hat folgenden Wortlaut:

**Petition an den Einwohnerrat für eine optimale emissionsarme Erschliessung der Quartiere Pfauenhof, Sonnhalde, Heidenloch, Cheddite und Grammet**

In der jetzigen Form und zum heutigen Zeitpunkt ist der Ausbau der Heidenlochstrasse falsch. Der definitive Ortsplan (Strassennetzplan) steht noch nicht. Die in der Planung vorgesehene

- Schliessung der Kasinobrücke für den motorisierten Privatverkehr
- und die Erschliessung der Quartiere Heidenloch, Sonnhalde, Cheddite und Grammet über den neu geplanten Kreisel ab der Autobahn Richtung Norden auf die Heidenlochstrasse

werden die bereits heute belastete Wohnqualität weiter verschlechtern. Da der gesamte Verkehr über den geplanten Kreisel geführt werden soll, wird dieser stark frequentiert sein. Wird dazu noch die Kasinobrücke geschlossen, dürfte der Kreisel überlastet sein.

Deshalb sollen

- die Quartiere Cheddite und Grammet möglichst direkt ab der Grammetstrasse parallel zur Ergolz erschlossen werden,
- die Kasinobrücke als direkte und bewährte Erschliessungsstrasse der Quartiere Heidenloch und Sonnhalde wieder in die Ortsplanung Liestal aufgenommen werden
- und die Zonenplanung (Erschliessungsplanung) nicht durch einen vorzeitigen Ausbau der Heidenlochstrasse präjudiziert werden.

Aus diesen Gründen bitten wir Sie, auf alle Traktanden zum Ausbau der Heidenlochstrasse sowie zur Festlegung von Bau- und Strassenlinienplänen nicht einzutreten, diese abzulehnen oder zurückzustellen.

Interessen-Gemeinschaft Heidenloch

---

Ratspräsidentin Marie-Theres Beeler (GL) informiert, für die Petition seien 157 Unterschriften abgegeben worden. Zwei Drittel davon stammten aus dem Heidenlochquartier.

BPK-Präsident Hanspeter Meyer (SVP/CVP/EVP) erläutert, der Bau- und Planungskommission sei bei ihrer Beratung des Geschäfts „Ausbau Heidenlochstrasse“ klar geworden, dass der Ausbau unabhängig vom Bau des Kreisels oder von der Sanierung der Kasinobrücke zu beurteilen sei. Er sei auf jeden Fall notwendig und dringend. Der Strassenbau stimme mit dem neuen Verkehrskonzept sowie mit der vorgesehenen Revision der Ortsplanung überein. Es sei gleichgültig, welche Erschliessungs-Variante später beschlossen werde; die Heidenlochstrasse müsse unabhängig davon ausgebaut werden.

Die Strasse sei aus Sicht der BPK aus folgenden Gründen zu bauen: 1.) Die Anwohner würden seit vielen Jahren einen vernünftigen Ausbau ihrer Strasse fordern. Der Zeitpunkt dazu sei jetzt besonders günstig, weil auch die Werkleitungen sanierungsbedürftig seien. 2.) Den Vorwurf, es handle sich beim geplanten Ausbau um eine Luxus-Variante, habe die BPK bereits in ihrem Bericht widerlegt. Das Problem der Anwänder-Beiträge sei der BPK bewusst. Diese Beiträge seien aber gesetzlich geregelt und für alle Grundeigentümer im Gemeindebann Liestal gleich. 3.) Mit dem Ausbau könne eine weitere Forderung aus dem Quartier er-

füllt werden, nämlich die Einführung von Tempo 30. 4.) Der Strassenbau liege im Interesse aller Steuerzahler von Liestal, denn man erschliesse damit zusätzliches Baugebiet. Die Bewohner im vorderen Teil der Strasse würden nicht für die Erschliessung von Bauland zahlen. Die BPK trete vehement für den Ausbau der Heidenlochstrasse ein. Sie sei ganz Liestal verpflichtet und müsse die Angelegenheit vom Gesamt-Interesse her beurteilen. Die Petition mache auch keinen Alternativ-Vorschlag, sondern wolle einfach den Ausbau auf unabsehbare Zeit verschieben. Weil die BPK aber nicht ausschliesse, dass es Missverständnisse zwischen den Behörden und Quartierbewohnern gegeben habe, stelle sie folgende Anträge: 1.) *Die Petition wird zur Kenntnis genommen.* 2.) *Das Geschäft Heidenlochstrasse wird von der Traktandenliste abgesetzt, mit dem Auftrag ans Büro, eine Delegation zu einer Aussprache mit der BPK einzuladen.*

Stadtrat Ruedi Riesen unterstreicht, er wolle den Petitionären ins Gewissen reden. Er habe noch nie, ausser dieses Mal, Anwohner in ein Vorprojekt einbezogen. Dies werde er nie mehr tun. Die Stadt habe sich grosse Mühe mit der Vorlage gegeben. Sie habe keine Luxus-Variante ausgearbeitet. Erst als die Anwohner gewusst hätten, wie viel die Strassenbeiträge kosten würden, hätten sie ihre Meinung geändert.

Franz Kaufmann (SP) äussert, das Mittel der Petition werde wenig benützt. Wenn die Bevölkerung mitdenke, sei das ein gutes Zeichen. In diesem Fall komme das Mitdenken etwas spät. Kommunikations-Probleme kenne man auch aus anderen Lebenssituationen. Es habe wohl Missverständnisse gegeben. Deswegen sei es sinnvoll, dass man nochmals zusammensitze. Seine Fraktion habe auch Verständnis für den Kostenpunkt. Dieser sei für die Anwohner nicht erfreulich. Dem Petitions-Text seien aber Forderungen zum Verkehrskonzept zu entnehmen. Das sei tatsächlich nicht das Thema der Heidenlochstrasse. Die Mehrheit seiner Fraktion werde wohl den Vorschlag der BPK annehmen. Es sei ein Schritt zu gutem Einvernehmen zwischen den Stadtbehörden und der Bevölkerung.

Jürg Holinger (GL) fügt hinzu, die Grüne Fraktion stehe geschlossen hinter den Anträgen der BPK. Er schliesse sich seinen Vorrednern Franz Kaufmann und Hanspeter Meyer an.

Pascal Porchet (FDP) ergänzt, auch er schliesse sich den Vorrednern an. Die FDP-Fraktion stehe hinter dem Bericht der BPK. Das Ziel der BPK sei weiter zu verfolgen.

Stefan Saladin (SVP/CVP/EVP) berichtet, er habe versucht, in der BPK den Hilfeschrei der Bewohner des Heidenloch-Quartiers einzubringen. Innerhalb seiner Fraktion sei ihm das gelungen. Die SVP/CVP/EVP-Fraktion habe Verständnis für die Anliegen. Es sei eine gute Idee, dass die Petitionäre nochmals an die BPK gelangen könnten. Seine Fraktion sei einstimmig für die Anträge der BPK.

Adrian Mächler (FDP) meint, man habe den Petitionären offenbar die Fakten nicht klar machen können. Es sei eine wichtige Aufgabe, zu erklären, worum es gehe. Selbstverständlich sei seine Fraktion dafür, die Ehrenrunde zu drehen.

://: Die Petition wird mit 36 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen zur Kenntnis genommen.

://: Das Geschäft „Heidenlochstrasse, Ausbau von Grammetstrasse bis Cheddite - Projekt- und Kreditgenehmigung; Beschlussfassung über Bau- und Strassenlinienplan“ wird grossmehrheitlich bei 1 Nein-Stimme und 1 Enthaltung von der Traktandenliste abgesetzt.

Ratspräsidentin Marie-Theres Beeler (GL) ergänzt, das Büro werde sich darum kümmern, dass die Bau- und Planungskommission mit einer Delegation der Anwohner zusammentreffen könne.

**165 G.2.2.3. Behörden: Einwohnerrat**

**7. Antwort des Stadtrates auf die Interpellation von Orla Oeri-Devereux und Hanspeter Stoll namens der SP-Fraktion betreffend Veränderungen im Liestaler Finanzhaushalt (Nr. 2006/92, 2006/92a)**

Die Interpellation hat folgenden Wortlaut:

**Interpellation zu Veränderungen im Liestaler Finanzhaushalt**

Unter den vielen Faktoren, die den Finanzhaushalt der Stadt Liestal beeinflussen, wird immer wieder auf die zusätzlichen Aufgaben, die vom Kanton und Bund in den letzten Jahren den Gemeinden übertragen worden sind, hingewiesen. Eine Übersicht über Anzahl und Ausmass der übertragenen Aufgaben sowie der Auswirkung auf die Ressourcen der Stadt, finanziell und personell, fehlt der SP-Fraktion. Mindereinnahmen bzw. zusätzliche Einnahmen wirken ebenfalls auf den Finanzhaushalt. Auch hier fehlt ein Überblick.

Um eine vollständige Übersicht zu erhalten, wird der Stadtrat gebeten, die folgenden Fragen für den Zeitraum 2000- 2006 schriftlich zu beantworten.

1. Welche Aufgaben wurden von Kanton und Bund an die Gemeinden übertragen, die die Finanzen der Stadt Liestal direkt oder indirekt beeinflussen?
2. Welche Aufgaben wurden von den Gemeinden dem Kanton oder Bund abgegeben, die auf die Finanzen der Stadt Liestal direkt oder indirekt wirken?
3. Was sind die unmittelbaren Konsequenzen der übertragenen Aufgaben, sowohl finanziell wie personell?
4. Gibt es bedeutende Mindereinnahmen bzw. zusätzliche Einnahmen, die durch Änderungen von Gesetzen und Verordnungen, Volksentscheiden, Parlamentsbeschlüsse sowie Gebührenveränderungen (Stadt, Kanton und Bund) entstanden sind? Wenn ja, welche, und wie hoch sind die einzelnen Beträge?
5. Sind aufgrund schon beschlossener Gesetzesänderungen, die aber erst in Zukunft in Kraft treten werden, Mindereinnahmen bzw. zusätzliche Einnahmen zu erwarten? Wenn ja, ab wann werden die Einnahmen/Mindereinnahmen erfolgen und wie hoch sind die einzelnen Beträge?

Orla Oeri-Devereux  
Hanspeter Stoll  
SP-Fraktion  
15. Mai 2006

Stadtrat Peter Rohrbach beantwortet die Fragen in der Vorlage Nr. 2006/92a.

---

Stadtrat Peter Rohrbach legt dar, die Beantwortung der Fragen sei wichtig im Hinblick auf das, was in den nächsten beiden Jahren auf die Stadt zukomme.

Orla Oeri-Devereux (SP) erwidert, sie danke für die aufschlussreichen Antworten. Die Interpellanten seien damit zufrieden. Die Antworten dienten vor allem als Arbeitsinstrument für die Finanzkommission. Eine Diskussion sei nicht unbedingt notwendig.

Somit ist die Interpellation erledigt.

**166 L.2.4.5. Verwaltung: Baurechte**

**8. Bericht des Stadtrates betreffend Baurechtsvertrag „Bündtenstrasse 2“ mit Gemeinnützigem Verein für Alterswohnungen Liestal – Festlegung Baurechtszins für die Parzelle Nr. 4262 (Nr. 2006/108)**

Der Stadtrat teilt in seinem Bericht zusammengefasst Folgendes mit:

Am 28. Dezember 1984 ist mit dem Gemeinnützigen Verein für Alterswohnungen Liestal für die BR-Parzelle Nr. 4262 Bündtenstrasse 2 ein Baurechtsvertrag abgeschlossen worden. Für die ersten zwanzig Jahre war vereinbarungsgemäss kein Baurechtszins zu bezahlen. Nach Ablauf dieser Frist hat gestützt auf Ziffer 4 Abs. 2 des Baurechtsvertrags der Einwohnerrat zu beschliessen, ob künftig ein Baurechtszins zu bezahlen ist und wenn, in welcher Höhe. Mit dem Verein bestehen noch zwei weitere Baurechtsverträge: BR-Parzelle Nr. 3226 Nuglarweg und BR-Parzelle Nr. 3642 Gitterlistrasse (direkt neben dem APH Frenkenbündten). Für diese Parzellen werden bereits Baurechtszinse erhoben.

Die Bewirtschaftung des Finanzvermögens sowie der Mittelbedarf der Einwohnerkasse erfordern die Ausschöpfung der vertraglichen Möglichkeiten. So soll inskünftig auch für die dritte Parzelle, Bündtenstrasse 2, ein angemessener Baurechtszins erhoben werden.

Mit dem Verein für Alterswohnungen wurde in mehreren Verhandlungsrunden der Baurechtszins für die Parzelle 4262 für die nächsten 10 Jahre ausgehandelt. Mit dem vereinbarten Rabatt von ca. 30% gegenüber dem marktkonformen Baurechtszins wird dem sozialen Charakter dieser Wohnungen Rechnung getragen.

Die Anträge des Stadtrates lauten:

1. Rückwirkend ab 1. Januar 2005 wird gestützt auf Ziffer 4 Abs. 2 des Baurechtsvertrags vom 28. Dezember 1984 mit dem Gemeinnützigen Verein für Alterswohnungen Liestal für die BR-Parzelle Nr. 4262 Frenkenbündten ein Baurechtszins erhoben.
2. Der Einwohnerrat genehmigt den mit dem Verein für Alterswohnungen reduziert festgelegten Baurechtszins von CHF 32'000.- pro Jahr für die Jahre 2005 bis 2014.

---

Stadtrat Peter Rohrbach führt aus, vom Verein für Alterswohnungen sei lange kein Baurechtszins verlangt worden, damit er gut habe starten können. In Bezug auf den nun zu erhebenden Zins habe die Stadt professionell ermitteln lassen, wie viel der Baurechtszins für einen Privaten betragen würde. Es seien relativ hohe Rabatte abgemacht worden. Er denke, es handle sich um eine faire Regelung.

Vreni Wunderlin (FDP) betont, der Verein für Alterswohnungen sei eine gemeinnützige Institution. Die Stadt habe zehn Jahre lang auf einen Baurechtszins verzichtet. Die Abmachung sei in gegenseitigem Einvernehmen zustande gekommen. Ihre Fraktion stimme den Anträgen zu.

Peter Furrer (SVP/CVP/EVP) unterstreicht ebenfalls, dass die Parteien den Vertrag in beidseitigem Einvernehmen abgeschlossen hätten. Seine Fraktion unterstütze die Anträge des Stadtrates.

Jürg Holinger (GL) sagt, auch die Grüne Fraktion unterstütze den Vertrag. Sie sei der Meinung, dass die Gemeinnützigkeit in angemessener Form berücksichtigt worden sei. Die Stadt sei bezüglich Alterspolitik vorbildlich. In den bisherigen Verhandlungen zwischen der

Stadt und dem Verein für Alterswohnungen habe ein gutes Klima geherrscht. Er hoffe, dass dieses aufrechterhalten werden könne.

Doris Greiner (SP) fügt hinzu, sie schliesse sich ihren Vorrednern an. Die SP unterstütze beide Anträge.

Ratspräsidentin Marie-Theres Beeler (GL) hält fest, die Ratsmitglieder Heinz Lerf und Peter Schäfer würden bei diesem Geschäft in Ausstand treten.

://: Der Einwohnerrat genehmigt einstimmig folgenden Antrag: Rückwirkend ab 1. Januar 2005 wird gestützt auf Ziffer 4 Abs. 2 des Baurechtsvertrags vom 28. Dezember 1984 mit dem Gemeinnützigen Verein für Alterswohnungen Liestal für die BR-Parzelle Nr. 4262 Frenkenbündten ein Baurechtszins erhoben.

://: Der mit dem Verein für Alterswohnungen festgelegte Baurechtszins von CHF 32'000.- pro Jahr für die Jahre 2005 bis 2014 wird einstimmig genehmigt.

**167 G.2.2.3. Behörden: Einwohnerrat**

**9. Postulat von Stefan Saladin namens der SVP/CVP/EVP-Fraktion  
betreffend offenen Haupteingang zum Rathaus (Nr. 2006/96)**

Das Postulat hat folgenden Wortlaut:

**Postulat betreffend offenen Haupteingang zum Rathaus**

Die Stadtverwaltung in Liestal hat aus Angst vor einer möglichen Bedrohung durch einen Bürger vor einigen Jahren, welcher sich damals gegen die Institutionen der Sozialhilfe richtete, über Sicherheitsmassnahmen im Rathausgebäude die Köpfe zerbrochen. Seither, also seit über 4 Jahren, ist deshalb der ursprüngliche Haupteingang zum Rathaus geschlossen. Im Mai 2006 wurde diese Person nun rechtskräftig verurteilt. Es ist seither nichts mehr derart Gravierendes passiert. Es handelt sich also eher um einen Einzelfall.

Die Verschanzung der Verwaltung und Sozialhilfe wird deshalb in der Bevölkerung nicht verstanden. Schliesslich ist das Rathaus der Dreh- und Angelpunkt der Einwohner in unserer Stadt und muss deshalb ein offenes Haus bleiben. Bereits im November 2003 war im EWR in der Fragestunde die Schliessung des Haupteinganges zum Rathaus ein Thema der SP/FDP und der Grünen / Fraumättler. Man war damals schon in den Parteien einhellig für ein offenes Haus.

Auch im Regierungsgebäude wird gearbeitet und hier sind die Türen nach wie vor offen. Es wurde zwar ein Sicherheitskonzept erarbeitet, eine Schliessung des Haupteinganges wurde deshalb aber nicht notwendig. Türfallen wurden durch Türknaufe ersetzt und an diversen Türen wurden Spione angebracht. Ausserdem gibt nun ein Alarmsystem, das mit der Polizei verbunden ist, ein Gefühl von Sicherheit, auch innerhalb des Regierungsgebäudes.

Diese Sicherheitsmassnahmen wären auch im Rathaus möglich. Die geschlossene Türe, hinter der sich auch noch unsere Stadtpolizei verschanzt, ist der falsche Weg. Es gibt keinen Grund mehr, weshalb die Türe zum Haupteingang von der Rathausstrasse noch immer verschlossen ist. Die Bevölkerung erwartet offene Türen, also machen wir sie doch einfach wieder auf!

Wir bitten den Stadtrat, dieses Postulat zu prüfen und dem Einwohnerrat dementsprechend zu berichten.

Stefan Saladin  
SVP/CVP/EVP Fraktion  
27. Juni 2006

---

Ratspräsidentin Marie-Theres Beeler (GL) fragt, ob der Stadtrat bereit sei, das Postulat entgegenzunehmen.

Stadtpräsidentin Regula Gysin antwortet, wegen der Sicherheitsaspekte wolle sie das Postulat nicht übernehmen. Vor fünf Jahren habe ein Amokläufer im Zuger Parlament ein Blutbad angerichtet. Ausgerechnet am Jahrestag rede man über dieses Thema. Nach dieser Tat seien viele neue Sicherheitskonzepte entstanden. Das Neubaukonzept des Liestaler Rathauses beinhalte einen kundenfreundlichen Eingang, der rollstuhlgängig sei und sich nahe beim Lift befinde. Fast alle Stellen, die die Bevölkerung in Anspruch nehme, befänden sich im neuen Teil. Nur wer zur Vormundschaft und zur Sozialhilfe wolle, müsse sich in den alten Teil des Rathauses begeben. Es gebe im Rathaus keinen Haupt- und Nebeneingang, sondern einfach einen Eingang. Zusammen mit der Kantonspolizei habe die Stadt für das Rathaus ein Sicherheitskonzept ausgearbeitet, das das Prädikat „genügend bis gut“ erhalten habe. Mit

einer offenen Türe im alten Teil würde das Prädikat „ungenügend“ lauten. Der Bund setze klare Rahmenbedingungen. Alle, die sich im Rathaus aufhielten, sollten sich sicher fühlen. Dies sei dem Stadtrat ein Anliegen. Wenn man diesen Teil des Sicherheitskonzepts aufbreche, wäre eine wichtige Grundlage für die Sicherheit nicht mehr gewährleistet. Sie erinnere an die Situation, als in der Rathausstrasse kürzlich ein Mann mit einer Axt tödlich geworden sei. Das Rathaus sei an diesem Tag zufällig geschlossen gewesen, weil 1. August gewesen sei. Am Marronifrau-Fest vom vergangenen Wochenende sei die Türe zum alten Teil offen gewesen. Dies werde auch bei anderen Veranstaltungen wieder so sein. Das Rathaus solle ein offener und gastfreundlicher Ort sein, aber immer unter Wahrung der Sicherheit.

Stefan Saladin (SVP/CVP/EVP) unterstreicht, er halte an seinem Postulat fest. Der Bedrohungsfall vom Jahr 2002 gehöre der Vergangenheit an. Die Person sei verurteilt worden. Es sei nichts Ähnliches mehr passiert. Schon ein Jahr nach dem Vorfall sei in der Fragestunde die Frage gestellt worden, weshalb der alte Haupteingang für den Publikumsverkehr noch immer geschlossen sei. Im Zuger Parlament habe man nach dem Attentat Barrikaden aufgestellt, die man nach einiger Zeit wieder entfernt habe. Die ehemalige Stadträtin Marlies Zimmermann habe damals gesagt, der Stadtrat sei nach wie vor der Meinung, dass das Rathaus ein offener Ort bleiben solle. Ein Sicherheitskonzept werde kommen. Es sei nicht verständlich, dass diese Massnahme der Schliessung bleibe. Eine Restgefahr bestehe immer, ob ein Eingang verschlossen sei oder nicht. Man habe über eine halbe Million Franken in den Umbau investiert. Dabei habe man Planungsfehler gemacht. Die Stadtpolizei solle sich öffnen und präsentieren und sich nicht verstecken. Er bitte darum, das Postulat zu überweisen.

Danielle Schwab (SP) teilt mit, ihre Fraktion folge den Argumenten der Stadtpräsidentin und sei gegen eine Überweisung des Postulats. Der jetzige Eingang gewährleiste einen offenen Empfang. Man sei schnell am richtigen Ort. Den anderen Eingang wieder zu öffnen, würde Konsequenzen mit sich bringen. Man müsste den Eingang personell anders ausstatten.

Jürg Holinger (GL) fügt hinzu, auch seine Fraktion sei gegen die Überweisung. Sie habe vier Gründe: 1.) Sicherheit gehe vor Nostalgie. 2.) Artikel in der Basler Zeitung und der Baslerlandschaftlichen Zeitung hätten Situationen geschildert, die man mit einer kontrollierten Öffnung des Rathauses besser im Griff hätte. 3.) Wenn man jetzt den alten Eingang öffnen würde, wären die Eintretenden verloren. 4.) Die Öffnung des alten Eingangs würde Investitionen bedingen. Es bräuchte dort Tafeln oder Ansprechpartner.

Adrian Mächler (FDP) legt dar, seine Fraktion betrachte das Geschäft als unwichtig. Deshalb gebe es keine Fraktionsmeinung. Die FDP beschäftige sich lieber mit wichtigen Dingen wie dem Törli-Glöcklein.

Ernst Burkhard (SP) erinnert daran, dass die Stadt vor 15 Jahren mit 7 Polizisten hochgerüstet gewesen sei. Der alte Eingang sei eine der bestbewachten Türen gewesen. Heute seien die Polizisten unterwegs und würden Bussen verteilen. Die neue Struktur finde er richtig.

Hans Brodbeck (FDP) möchte wissen, ob es um die Türe gehe oder um den Polizeiposten.

Stefan Saladin (SVP/CVP/EVP) antwortet, es gehe ihm nicht nur um die Türe und den Polizeiposten, sondern um etwas Umfassenderes.

Stadtpräsidentin Regula Gysin ergänzt, dass das Trauzimmer schon seit einigen Jahren nicht mehr im Rathaus sei. Die Zuständigkeit liege beim Kanton. Um die erwähnten Mängel im Rathaus zu beheben, gebe es ein Konzept. Es wäre aber eine teure Angelegenheit. Es wäre Sache des Einwohnerrats, sich damit zu befassen.

://: Das Postulat wird mit 11 Ja- gegen 20 Nein-Stimmen bei 5 Enthaltungen nicht an den Stadtrat überwiesen.

**168 G.2.2.3. Behörden: Einwohnerrat**

**10. Antwort des Stadtrates auf die Interpellation von Astrid Basler  
namens der Grünen Fraktion betreffend alte Deponie Rankweg  
(Nr. 2006/97)**

Ratspräsidentin Marie-Theres Beeler (GL) erklärt, das Geschäft müsse vertagt werden, da die Antwort zwischen zwei Departementen hängen geblieben sei.

**169 B.2.C. Bestattungswesen, Friedhofverwaltung - Vorschriften, Reglemente**

**11. Bericht des Stadtrates betreffend Bestattungs- und Friedhofreglement, Teilrevision (Nr. 2006/109)**

Der Stadtrat teilt in seinem Bericht zusammengefasst Folgendes mit:

Das heute gültige Bestattungs- und Friedhofreglement (ESL 904.1) ist seit dem 1. August 2003 in Kraft.

Gemäss § 8 dieses Reglements sind auf dem Friedhof Liestal folgende Bestattungsarten zulässig:

- a. die Bestattung des Sarges in der Erde,
- b. die Bestattung der Asche im Gemeinschaftsgrab,
- c. die Bestattung der Urne in einem neuen Urnengrab,
- d. die Bestattung der Urne in einem bestehenden Urnengrab,
- e. die Bestattung der Urne in einer neuen Urnennische,
- f. die Bestattung der Urne in einer bestehenden Urnennische
- g. die Bestattung der Urne in einem bestehenden Erdgrab.

Unterdessen wurde der Stadtrat wiederholt gebeten, eine „Doppel-Erdbestattung“ (zwei Särge in einem Grab) zu ermöglichen. Er hat beschlossen, diesem Wunsch nachzukommen.

Im Weiteren ist gemäss eidgenössischer Zivilstandsverordnung vom 28. April 2004 (in Kraft seit 1. Januar 2005) in Art. 9 Abs. 2 das Alter zur Lebensfähigkeit auf die 22. vollendete Schwangerschaftswoche festgelegt worden.

Hiermit werden dem Einwohnerrat die sich daraus ergebenden Änderungen des Bestattungs- und Friedhofreglements zur Genehmigung unterbreitet. Die angepasste Gebührenverordnung (ESL 904.11) wird danach durch den Stadtrat genehmigt.

Die Anträge des Stadtrates lauten:

1. Die Teilrevision des Bestattungs- und Friedhofreglements (betreffend die §§ 2, 8, 9, 11, 11<sup>bis</sup> 15, 17 und 22) wird genehmigt.
2. Die teilrevidierte Gebührenordnung zum Bestattungs- und Friedhofreglement (§ 2) wird zur Kenntnis genommen.

---

Ratspräsidentin Marie-Theres Beeler (GL) gibt bekannt, das Büro beantrage die Überweisung des Geschäfts an die GoR. In der Vorlage fehle die Synopse. Eine eingehendere Auseinandersetzung mit dem Reglement halte das Büro für nötig.

Stadträtin Marion Schafroth antwortet, sie sei froh, wenn das Geschäft an die Spezialkommission GoR gehe. Dass die Synopse fehle, tue ihr leid. Auch fehle das neue Reglement als Beilage. Sie sei fälschlicherweise davon ausgegangen, dass dieses auch verschickt worden sei.

Claudio Wyss (SVP/CVP/EVP) teilt mit, seine Fraktion beantrage die Rückweisung des Geschäfts. Sie sei dafür, dass dem Rat eine vollständige Darstellung mit einer Synopse vorgelegt werde. Er denke, dass auch die GoR zu diesem Schluss kommen werde. Die Gebührenordnung solle der Rat dann zur Kenntnis nehmen, wenn der Stadtrat sie beschlossen habe.

Danielle Schwab (SP) meint, Claudio Wyss habe Recht. Ihre Fraktion schliesse sich der SVP/CVP/EVP-Fraktion an.

Elisabeth Spiess (GL) sagt, die Grünen seien für eine Überweisung an die GoR, weil die Synopse fehle. Das Bedürfnis nach der Möglichkeit der Doppelbestattung sei vorhanden, deshalb müsse man die Sache behandeln.

Hanspeter Mohler (FDP) fügt hinzu, auch die FDP-Fraktion sei für die Überweisung der Vorlage an die GoR.

Ratspräsidentin Marie-Theres Beeler (GL) meint, damit man über die Vorlage befinden könne, seien weitere Unterlagen nötig. Es brauche eine vollständige Darstellung. Der Antrag der SVP/CVP/EVP-Fraktion laute: *Die Teilrevision des Bestattungs- und Friedhofreglements ist an den Stadtrat zurückzuweisen mit dem Auftrag, die Vorlage zu vervollständigen. Diese Vervollständigung beinhaltet die Ergänzung der Vorlage mit der synoptischen Darstellung der zu ändernden Paragraphen des Reglements sowie der Gebührenverordnung.*

://: Das Geschäft wird mit 37 Ja- gegen 1 Nein-Stimme bei 1 Enthaltung an den Stadtrat zurückgewiesen.

**170 G.2.2.3. Behörden: Einwohnerrat**

**12. Interpellation von Vreni Wunderlin namens der FDP-Fraktion  
betreffend Überschwemmungen im Gitterliquartier / Laus-  
nerstrasse (Nr. 2006/101)**

Die Interpellation hat folgenden Wortlaut:

**Interpellation betreffend Überschwemmungen im Gitterliquartier/Lausnerstrasse**

In Zusammenhang mit den in letzter Zeit ergangenen starken Niederschlägen kam es im Gitterliquartier/Lausnerstrasse immer wieder zu Überschwemmungen.

Ich bitte den Stadtrat um Beantwortung folgender Fragen:

- In welchem Zustand sind die Kanalisationsleitungen in dieser Gegend?
- Werden Massnahmen getroffen, um allenfalls weitere Überschwemmungen einzudämmen oder zu verhindern?

Vreni Wunderlin-Friedli  
FDP-Fraktion  
22. August 2006

---

Stadtrat Ruedi Riesen antwortet, die Hauptleitungen seien in Ordnung. Nicht klar sei die Sachlage bei den Zuleitungen zu den Häusern. Ein Ingenieurbüro überprüfe diese Zuleitungen. Zu Überschwemmungen käme es nur bei Platzregen. Möglicherweise seien die Zuleitungen zum Teil zu eng.

Vreni Wunderlin (FDP) dankt dem Stadtrat für seine Antworten und erklärt sich damit zufrieden, wünscht aber die Diskussion,

://: was auch bewilligt wird.

Vreni Wunderlin (FDP) erläutert, der zeitliche Rahmen sei ihr wichtig. Obwohl sie ihre Zuleitung saniert habe, sei das Problem noch akut. Ausserdem würde sie gerne wissen, was im Grammetgebiet diesbezüglich geschehe. Eventuell müsse man sich mit dem Kanton absprechen. Präventive Massnahmen seien sehr wichtig. Sie danke der Feuerwehr, die sehr schnell reagiert habe.

Elisabeth Augstburger (SVP/CVP/EVP) äussert, das Thema sei beim Kanton bekannt.

Stadtrat Ruedi Riesen meint, man könne die Untersuchung auf das Grammetgebiet ausdehnen. Anfang November 2006 werde das Ingenieurbüro einen Massnahmenkatalog vorlegen.

Die Interpellation ist somit erledigt.

**171 G.2.2.3. Behörden: Einwohnerrat**

**13. Postulat von Hans-Rudolf Schafroth namens der SVP/CVP/EVP-Fraktion betreffend „Sauberes Liestal“ (Nr. 2006/102)**

Das Postulat hat folgenden Wortlaut:

**Postulat betreffend „Sauberes Liestal“**

Das leider immer in grösserem Ausmass stattfindende Littering ist für die Einwohner und die Besucher von Liestal eine enorme Belastung und nicht länger zumutbar. Getränke- und Esswarenverpackungen werden weggeworfen. Raucherabfälle „zieren“ durchwegs unsere Strassen und Anlagen sowie auch private Liegenschaften und Waldungen. Abfallkörbe werden für „gebührenpflichtigen“ Hauskehricht missbraucht.

Im Wald und in den Bächen wird Sperrgut entsorgt, Hundekotsäckli werden vergessen oder weggeworfen, Waldwege werden durch Reiter mit ihren Pferden und deren Kot zerstört. Auch Grill- und Erholungsplätze werden durch den Abfall verwüstet.

So darf das nicht weitergehen! Es kann nicht sein, dass mit Steuergeldern der grosse zusätzliche Abfall weggeräumt werden muss, welchen die Mitmenschen, bewusst oder unbewusst, einfach wegwerfen oder liegenlassen.

Der Stadtrat wird beauftragt, Massnahmen zu prüfen, wie das Abfallreglement optimal umgesetzt werden kann, damit wir uns in Zukunft wieder in einem sauberen Liestal bewegen können.

Hans-Rudolf Schafroth  
SVP/CVP/EVP-Fraktion  
22. August 2006

---

Ratspräsidentin Marie-Theres Beeler (GL) fragt, ob der Stadtrat bereit sei, das Postulat entgegenzunehmen.

Stadträtin Marion Schafroth antwortet, der Stadtrat wolle den Vorstoss übernehmen. Es handle sich um wichtige Fragen. Der herumliegende Abfall störe viele Leute. Der Postulant schlage sowohl repressive als auch erzieherische Massnahmen vor. Der Stadtrat werde sich mit dem Problem befassen und Vorschläge machen.

Hans Rudolf Schafroth (SVP/CVP/EVP) dankt dem Stadtrat für dessen Bereitschaft, das Postulat entgegenzunehmen. Es gehe um ein grosses Anliegen der Bevölkerung. Aus beruflichen und privaten Gründen sei er viel im Wald unterwegs. Auch dort sehe es zum Teil schlecht aus. Er habe den Eindruck, es werde immer schlimmer. Er frage sich, ob die Ursache Gedankenlosigkeit oder Bequemlichkeit sei oder ob es darum gehe, Sackgebühren zu sparen. Ihm sei ein Grillplatz in einem gut zugänglichen Waldgebiet bekannt, der vor lauter herumliegendem Abfall nicht mehr benützbar sei. An anderen Orten sehe es ebenfalls so aus. Man solle sich an der Umgebung freuen können, ob man nun im Wald sei oder durchs Stedtle gehe. Vor fünf Jahren habe Paul Finkbeiner ein Postulat eingereicht, das fast gleich gelautet habe wie seines. Er habe davon keine Kenntnis gehabt. Paul Finkbeiner habe ihm die Unterlagen von damals geschickt. Es habe eine Sensibilisierungs-Aktion im Stedtle gegeben. Sie habe grossen Unterhaltungswert gehabt, der Nutzen sei aber gering gewesen, wie man jetzt sehe. Man müsse das anders lösen. Jede Person, die etwas wegwerfe, müsse sich bewusst sein, dass sie bestraft werden könne. Die Stadt Bern sei mit repressiven Massnahmen sauberer geworden. Er bitte um Überweisung des Postulats.

Hans Brodbeck (FDP) teilt mit, die FDP-Fraktion unterstütze das Postulat. Sie meine allerdings, Liestal weise noch immer eine gute Wohn- und Freizeitqualität auf. Man versinke nicht im Abfall. Eine Zufriedenheitsumfrage der FDP bei Unternehmen habe gezeigt, dass Sauberkeit auch für die Vermarktung von Liestal von Bedeutung sei. Das Postulat weise darauf hin, dass über die Kosten zu reden sei. In den USA brauche man den Ausdruck Littering. Dieser bezeichne vermeidbaren Abfall, der im öffentlichen Raum deponiert werde und mit Geld des Steuerzahlers entsorgt werden müsste. In den USA müsse man seinen Abfall wieder mitnehmen oder hohe Bussen, etwa 1000 Dollar, bezahlen. Das System funktioniere.

Corinne Ruesch (GL) betont, auch der Grünen Fraktion liege ein sauberes Liestal am Herzen. Sauberkeit steigere das Sicherheitsempfinden. Forderungen nach repressiven Massnahmen seien schnell da. Sie habe von einer Littering-Studie gelesen, die in Basel durchgeführt worden sei. Man habe versucht zu verfolgen, wer was auf den Boden werfe. Nicht einmal bei zehn Prozent habe man den Verursacher ausfindig machen können. Ihre Fraktion lege dem Stadtrat nahe, nicht nur repressive Massnahmen zu treffen, sondern ein ganzheitliches Konzept zu schaffen. So etwas gebe es in verschiedenen Gemeinden. Man könne von solchen Erfahrungen profitieren. Die Massnahmen müssten zielgruppenspezifisch sein. Die Stadt solle prüfen, ob man auch ein Mehrwegkonzept schaffen könne, das heisst Anlässe mit Mehrweggeschirr durchführen.

Danielle Schwab (SP) sagt, sie sei eigentlich für die Überweisung des Postulats. Hans Brodbeck habe sie mit seinen Äusserungen jedoch fast vom Gegenteil überzeugt. Die von ihm geäusserten Ausmasse hätten sie doch abgeschreckt. Sie sei froh um das Votum von Corinne Ruesch. Sie glaube, dass oft aus Gedankenlosigkeit etwas weggeworfen werde. Man müsse sich auf jeden Fall zu dem Thema Gedanken machen. Sie sei für Überweisen des Vorstosses.

Hans Brodbeck (FDP) erwidert, er könne Danielle Schwab beruhigen. Er sei nicht für 1000-Dollar-Bussen. Er habe nur darauf hinweisen wollen, dass dies nütze. Ein Teil des Hirns sitze nun mal im Portemonnaie. Man komme um solche Massnahmen nicht herum. Es gehe aber nicht um grosse Beträge, sondern um den Grundsatz.

Elisabeth Augstburger (SVP/CVP/EVP) berichtet, ihr sei kürzlich zugetragen worden, wie der Brunnen beim Regierungsgebäude wenige Stunden nach der Reinigung wieder in einem schlimmen Zustand gewesen sei. Pet-Flaschen und Fast Food-Abfall hätten darin gelegen. Sie sei froh um das Postulat, das für Ordnung sorgen wolle.

Orla Oeri-Devereux (SP) äussert, sie schliesse sich Corinne Ruesch und Danielle Schwab an. Sie halte die Überlegung für wichtig, wie man den Leuten von klein auf beibringen könne, dass Ortschaften und die Natur zu pflegen seien. Bereits im Kindergarten und in den Schulen müsse man erzieherische Massnahmen einfliessen lassen.

Hans Rudolf Schafroth (SVP/CVP/EVP) ergänzt, er wolle die Dimension der USA-Verhältnisse relativieren. Er zitiere mit ein paar wenigen Beispielen die Liste von Bern. Für liegen gelassene Essensreste, Kaugummis oder Zigarettensammel bezahle man dort 40 Franken, für Hundekot, auch im Säckli, 80 Franken, und so weiter.

://: Das Postulat wird einstimmig an den Stadtrat überwiesen.

Ratspräsidentin Marie-Theres Beeler(GL) sagt zum Instrument der Kleinen Anfrage, dass bei dieser Art von Vorstoss im Gegensatz zur Interpellation keine Diskussion im Rat stattfindet. Der Stadtrat habe eine Kleine Anfrage innerhalb von drei Monaten zu beantworten und werde dem Rat zur Kenntnis gebracht.

Schluss der Sitzung: 19.35 Uhr

Für den Einwohnerrat

Die Präsidentin

Marie-Theres Beeler

Die Ratsschreiberin

Beate Kogon